

Universität Hamburg (UHH)

Aktuelle Trends der Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Zur Entwicklung von Demokratiedistanz, Rechtsextremismus und Islamismus in der Zeit von 2021 bis 2024

Katrin Brettfeld, Diego Farren, Jannik Fischer, Rebecca Endrich, Peter Wetzels

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Im Rahmen der durch die UHH durchgeführten repräsentativen Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) konnten seit 2021 jährlich über 4000 Menschen erreicht werden, die Auskunft zu ihren politischen Einstellungen und ihren Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Situation gegeben haben. Für den Gesamtzeitraum 2021 bis 2024 liegen Daten von 17 891 Befragten im Alter ab 18 Jahren vor.

In dieser Zeit hat die Verbreitung von Sorgen in Bezug auf aktuelle Krisen und gesellschaftliche Herausforderungen stark zugenommen. Dies betrifft insbesondere die Themen Krieg, Flucht und Migration. Gleichbleibend hoch ist der Anteil derer, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland besorgt sind. Parallel dazu sind massive Vertrauensverluste gegenüber staatlichen Institutionen zu verzeichnen, während gleichzeitig Zweifel an den Kompetenzen der gesellschaftlichen Entscheidungsträger, die derzeitigen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, gestiegen sind. Diese Entwicklungen gehen einher mit einer deutlichen Zunahme der anomischen Verunsicherung in der Bevölkerung; Im Jahr 2021 betraf dies noch 39 %, im Jahr 2024 bereits 55 % der Befragten.

Vor diesem Hintergrund sind Zuwächse demokratiedistanter, rechts-extremer und islamismusaffiner Einstellungen zwischen 2021 und 2024 zu erkennen, die jedoch für verschiedene Altersgruppen unterschiedlich und teilweise sogar gegenläufig ausfallen. Durchgehend deutliche Anstiege der Verbreitung politisch extremismusaffiner Haltungen sind vor allem bei den jüngeren Erwachsenen zu erkennen.

Anstiege der Demokratiedistanz und bei rechtsextremen Einstellungen lassen sich dabei vollständig auf die Zunahme der anomischen Verunsicherung in der Bevölkerung zurückführen. Diese sind auch für die wachsende Verbreitung islamistischer Einstellungen innerhalb der in Deutschland lebenden muslimischen Bevölkerung relevant, erklären diese jedoch nicht vollständig. Hier finden sich darüber hinaus religionsbezogene Einflussfaktoren, die es in der Präventionsarbeit ebenfalls zu adressieren gilt.

Stichworte

*Einstellungsbefragungen | Demokratiedistanz |
Rechtsextremismus | Islamismus*



Einleitung

Innerhalb des MOTRA-Forschungsverbundes führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) seit 2021 mit der Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) regelmäßig wiederholte, deutschlandweite repräsentative Einstellungsbefragungen durch. Ziel dieser Erhebungen ist es, über die Erkenntnisse der Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsdienste zu Entwicklungen des im Hellfeld registrierte Geschehens im Feld der politisch motivierten Kriminalität und Gewalt hinaus genauere Informationen über entsprechende, im Dunkelfeld verbliebene Entwicklungen und Risikopotenziale zu gewinnen. Insoweit werden das Ausmaß und die soziale Verteilung der Akzeptanz verschiedener Formen extremismusaffiner politischer Einstellung innerhalb der in Deutschland lebenden Bevölkerung in den Blick genommen und deren zeitliche Veränderungen sowie damit verbundene Einflussfaktoren analysiert. Auf diesem Wege sollen Informationen gewonnen werden, die für eine zielgruppengerechte Planung und Ausgestaltung von Maßnahmen der Radikalisierungs- und Extremismusprävention genutzt werden können.

Im Mittelpunkt der Forschung stehen in phänomenübergreifender Hinsicht, d. h. unabhängig von einer spezifischen ideologischen Verortung, ablehnende Einstellungen zu Grundprinzipien einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie, im Folgenden als Demokratiedistanz bezeichnet. Weiter werden in ideologiespezifischer Hinsicht rechtsextreme Einstellungen in den Blick genommen sowie, begrenzt auf die Gruppe der in Deutschland lebenden Muslime, als Form politisch-religiös motivierter Radikalisierung auch islamistische Einstellungen betrachtet.

Im Jahr 2024 wurde die bisher vierte Welle der Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) durchgeführt, in der jedes Jahr für die erwachsene Wohnbevölkerung in Deutschland repräsentative Stichproben von etwa 4000 Personen erreicht und befragt werden. Die Stichprobenziehung erfolgt immer wieder gleich als Zufallsziehung auf Basis der Adressbestände der Einwohnermeldeämter in Bezug auf die in Deutschland gemeldeten Erwachsenen ab 18 Jahre. Diese bilden für die hier vorgelegten Analysen die relevante Grundgesamtheit. Für die speziellen Teilpopulationen der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und der in

Deutschland lebenden Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit wurden, zur Sicherung jeweils hinreichend großer Teilstichproben, gezielte Zusatzstichproben (oversamples) gezogen. Dies gewährleistet, dass für jeden Erhebungsjahrgang auch separate Analysen in Bezug auf erwachsene Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit auf hinreichend breiter Datenbasis durchgeführt werden können (zu den Einzelheiten der Stichprobenziehungen und dem Stichprobendesign vgl. Brettfeld et al., 2021a; Brettfeld et al., 2021b; Endtricht et al., 2022; Fischer et al., 2023; Wetzels et al., 2024). Die durch das Stichprobendesign notwendig auftretenden Verschiebungen in Struktur und Verteilung der Gesamtbevölkerung wurden durch mehrfach gestufte Gewichtungszprozeduren so ausgeglichen, dass die Proportionen der soziodemographischen Merkmale der Grundgesamtheit der Bevölkerung sich auch in den für die folgenden Analysen verwendeten Stichproben wiederfinden. Die Befunde sind insoweit hinsichtlich ihrer Repräsentativität gut abgesichert.

In der Summe wurden in der MiD Studie bislang insgesamt 17 891 Personen erreicht. Einen Überblick über die Größe der pro Jahr jeweils erreichten Stichproben und die entsprechenden Rücklaufquoten bietet Tabelle 1.

Tabelle 1

Gesamtstichprobengrößen und Rücklaufquoten der MiD-Studien 2021-2024

	Erhebungszeitraum	Stichprobengröße	Rücklaufquote
Welle 1, MiD 2021	18. März – 10. Juni 2021	N = 4 483	23.6%
Welle 2, MiD 2022	29. März – 04. Juli 2022	N = 4 319	20.6%
Welle 3, MiD 2023	30. März – 30. Juni 2023	N = 4 253	19.7%
Welle 4, MiD 2024	10. April – 08. Juli 2024	N = 4 836	20.0%
Summe über alle		N = 17 891	

Im Folgenden wird zunächst auf Ergebnisse zu den subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der gesellschaftlichen Situation, insbesondere die emotionalen Reaktionen der erreichten Befragten auf zentrale neue gesellschaftliche Entwicklungen bzw. Herausforderungen und deren denkbaren Folgen eingegangen. Hintergrund dessen ist, dass es in dem hier betrachteten vierjährigen Zeitraum zu einer Mehrzahl nationaler und internationaler Krisen bzw. krisenhafter Ereignisse gekommen ist, welche mit

subjektiv unterschiedlich akzentuierten Belastungen und Bedrohungen sowie individuellen Verunsicherungen verbunden sein können.

Neben der Corona-Pandemie, die im Jahr 2021 zu Beginn der MID-Studie noch akut war, sind vor allem der Ukraine-Krieg ab 2022 sowie die Eskalation der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten ab 2023 zu nennen. Relevant sind ferner wirtschaftliche Krisen und Inflation sowie die andauernde Konfrontation mit den Folgen des weltweiten Klimawandels. Eine zentrale Thematik ist darüber hinaus immer stärker die Migration. Insbesondere die enormen erzwungenen Migrationsbewegungen, die weltweit wegen Flucht vor Krieg, politischer Gewalt aber auch wegen Veränderungen der klimatischen Bedingungen und der damit verbundenen Zerstörung von Lebensgrundlagen zu verzeichnen sind, stellen die westlichen Länder in Europa, so auch Deutschland, vor neue und enorm vielfältige Herausforderungen.

Weiter waren in dieser Zeit mehrfach terroristische Anschläge von Islamisten, national wie international, sowie Entwicklungen in Richtung rechtsautoritärer Tendenzen und eine wachsende Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten zu verzeichnen. Insgesamt findet sich hier ein Konglomerat tiefgreifender Veränderungen, das von verschiedenen Seiten mit dem Begriff des Multikrisenmodus umschrieben wird (vgl. Kemmesies et al., 2023; Brettfeld, 2023).

Diese Entwicklungen und deren individuell recht unterschiedlichen Wahrnehmungen und Folgen können aus theoretischer Sicht u. a. auch Konsequenzen für die Bewertung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen und Entscheidungsträger, ihrer Strukturen und Arbeitsweisen haben und deren Legitimation und Akzeptanz beeinflussen (vgl. dazu Fischer, Endtricht & Farren, 2022 m. w. Nachw.).

Insbesondere können mit derartigen Entwicklungen emotionale Folgen im Sinne von Verunsicherungen verbunden sein, die als belastend erlebt werden und die es zu bewältigen gilt. Eine Form der Bewältigung solcher Verunsicherungen kann darin bestehen, nach klaren und eindeutig strukturierten Antworten sowie Angeboten für die Lösung dieser vielfältigen Probleme zu suchen, verbunden mit dem Ziel einer Besserung bzw. Beseitigung eines emotional als belastend erlebten Zustandes. Hier

können unter anderem autoritäre Programmatiken, die klare Schuldzuweisungen und Ursachenzuschreibungen sowie dazu passende, vereinfachende, schnelle Lösungen anbieten, attraktiv werden.

Insofern können durch die Kombination einer subjektiv als bedrohlich und unübersichtlich erlebten Kumulation von Krisenwahrnehmungen und einer Einschätzung der aktuellen politischen bzw. gesellschaftlichen Entscheidungsträger als nicht kompetent und/oder nicht vertrauenswürdig brisante emotionale Stimmungslagen und gesellschaftliche Zustände entstehen, die zu einer vermehrten Attraktivität politisch-extremistischer Haltungen und Gestaltungsvorschläge beitragen.

Wahrnehmung aktueller Krisen und Herausforderungen 2021 bis 2024

Wie bereits in den drei Jahren zuvor wurde in MiD auch in der Erhebung 2024 der Frage nachgegangen, in welchem Maße die Menschen in Deutschland über verschiedene Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene besorgt sind. Abbildung 1 zeigt für die Jahre 2021 bis 2024 jeweils die Prozentraten derjenigen, die angegeben haben, in Bezug auf diese Veränderungen und Herausforderungen persönlich „sehr besorgt“ zu sein.¹

Auf hohem Niveau aber relativ konstant findet sich im gesamten Zeitraum zunächst die Sorge, dass auf Grund von Wirtschaftskrisen die Armut zunehmen könnte. Fast die Hälfte der Befragten (43.7 %) sind darüber im Jahr 2024 sehr besorgt. Nur unwesentlich geringer verbreitet sind 2024 die Sorgen mit Blick auf den Zuzug von Flüchtlingen. Allerdings markiert das Thema Migration im Verlauf der letzten vier Jahre jenes Problemfeld, in dem mit +23.1 Prozentpunkten der höchste Zuwachs zu verzeichnen ist. Hier ist zudem ein kontinuierlicher Anstieg im Laufe der Jahre zu erkennen: Im Jahr 2021 bekundeten nur 18.4 % der Befragten, sich diesbezüglich große Sorgen zu machen; ein Jahr später waren es schon 24.7 %, 2023 erfolgte dann erneut ein Anstieg um zehn Prozentpunkte auf 34.7 %. Mit 41.5 % wird 2024 das bisherige Maximum der Verbreitung solcher Sorgen erreicht.

¹ Die Befragten konnten auf einer 4-stufigen Skala das Ausmaß ihrer Besorgnis angeben. Die Antwortmöglichkeiten reichen von 1 = „besorgt mich gar nicht“ bis 4 = „besorgt mich sehr“.

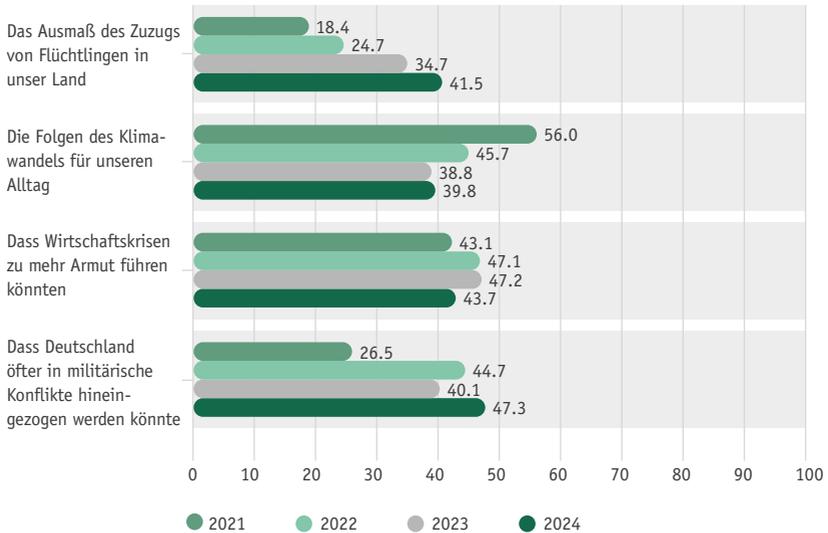


Abbildung 1: Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen: Anteile der Befragten, die „sehr besorgt“ sind nach Erhebungsjahr (MiD 2021 – 2024, gewichtete Daten)

Auch Kriegsangst, hier operationalisiert als die Sorge, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte, ist 2024 auf dem höchsten Niveau. Machten sich im Jahr 2021 – noch vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs – nur 26.5 % darüber große Sorgen, schnellte diese Rate kurz nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine auf 44.7 %, pendelte sich 2023 bei 40.1 % ein und stieg in Gefolge der kriegerischen Konflikte im Nahen Osten auf ihren aktuellen Höchststand von 47.3 %. Damit ist in diesem Bereich im Vergleich zu 2021 der zweithöchste Anstieg um + 20.8 Prozentpunkte zu verzeichnen.

In zwei anderen Bereichen sind die Sorgen der Menschen demgegenüber rückläufig: Zum einen sind die mit der Coronapandemie verbundenen Ängste langsam aus dem Bewusstsein der Menschen verschwunden. Hier findet sich zwischen 2021 (57.4 %) und 2023 (8.6 %) ein rapider Rückgang diesbezüglicher Sorgen, weshalb diese 2024 auch nicht weiter erhoben und hier auch nicht mehr dargestellt wurden.

Demgegenüber kann das Problem des Klimawandels, wie es sich immer wieder auch in neuerlichen Naturkatastrophen recht öffentlichkeitswirksam zeigt, zwar keinesfalls als überwunden betrachtet werden.

Gleichwohl haben die individuell mit den Folgen des Klimawandels assoziierten Sorgen der Menschen von 2021 bis 2023 stetig abgenommen: Äußerten sich im Jahr 2021 noch 56.0 % darüber sehr besorgt, waren es 2022 mit 45.7 % schon deutlich weniger. Im Jahr 2023 wurde mit 38.8 % der niedrigste Stand erreicht, der sich 2024 mit 39.8 % kaum veränderte. Damit ist der Klimawandel von Platz 1 auf Platz 4 der hier abgefragten Sorgen gerutscht. Dies dürfte jedoch weniger daran liegen, dass die Menschen den Klimawandel nicht mehr sorgenvoll betrachten, sondern eher daran, dass andere Sorgen – wie eben der Krieg in der Ukraine – in den Vordergrund getreten sind und deren Auswirkungen die Menschen in Deutschland subjektiv unmittelbarer, zeitlich direkter treffen als die nur langsam sichtbar werdenden Effekte des Klimawandels.

Für alle vier hier erfassten Besorgnisse zeigt sich im Jahr 2024 ein klarer Zusammenhang mit dem Alter: Die Anteile Befragter mit großen Sorgen sind in der Altersgruppe der 18 bis 39-Jährigen am geringsten und in der Altersgruppe der über 60-Jährigen am größten. Die stärksten Unterschiede der Altersgruppen bestehen bei den Besorgnissen in Bezug auf Flucht und Migration: Der Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland besorgt von den über 60-Jährigen 51.1 % sehr, bei den unter 40-Jährigen äußern sich demgegenüber nur 29.4 % darüber sehr besorgt, eine Differenz von 21.7 Prozentpunkten; die 40 bis unter 60-Jährigen liegen mit 42.0 % in der Mitte ($\chi^2 = 45.09$; $df = 2$; $p < .001$). Deutlich ähnlicher sind hingegen die Raten sehr Besorgter mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und eine drohende Zunahme der Armut in Deutschland. Hier liegt der Anteil der sehr Besorgten zwischen 37.5 % (Altersgruppe 18 bis unter 40 Jahre) und 46.8 % (Altersgruppe 40 bis unter 60 Jahre, $\chi^2 = 10.84$; $df = 2$; $p < .01$).

Frauen sind in nahezu allen Bereichen signifikant häufiger stark besorgt als Männer. Am deutlichsten ist dies in Bezug auf Kriegsangst. Hier äußern sich 55.4 % der Frauen sehr besorgt gegenüber nur 38.6 % der Männer. Eine Ausnahme ist in Bezug auf Migration und Zuzug von Flüchtlingen festzustellen. Hier sind die entsprechenden Raten für Frauen (41.7 %) und Männer (40.9 %) sehr ähnlich.

Interessant ist auch der Blick auf den Bildungsstand der Befragten. Hier gilt für drei der erfassten Sorgenbereiche, dass die Raten der sehr Besorgten bei Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau

ausgeprägter sind als die von Befragten mit hoher Bildung. Nur mit Blick auf die Auswirkungen des Klimawandels ist der Effekt des Bildungsniveaus umgekehrt. Hier äußern 43.7 % der Befragten mit Abitur große Besorgnis im Vergleich zu 36.9 % der Befragten mit mittlerer Bildung und 36.5 % derer mit niedriger Bildung.

Markante Unterschiede im Ausmaß der Besorgnisse finden sich auch im Vergleich der Befragten aus den östlichen bzw. westlichen Bundesländern. Am stärksten sind diese Unterschiede mit Blick auf den Zuzug von Flüchtlingen. Hier äußern sich in Ostdeutschland – inkl. Berlin – 49.2 % sehr besorgt, in Westdeutschland hingegen nur 39.7 % ($\chi^2 = 7.96$; $df = 1$; $p < .01$). Eine Differenz von ca. 8 Prozentpunkten besteht auch bezüglich der Sorgen, dass Deutschland in einen militärischen Konflikt hineingezogen werden könnte (West: 45.8 %, Ost: 53.5 %, $\chi^2 = 5.31$; $df = 1$; $p < .05$). Der Klimawandel besorgt die Bewohner des Osten Deutschlands (34.5 %) hingegen weniger als die Bewohner im Westen (41.1 %; $\chi^2 = 4.03$; $df = 1$; $p < .05$).

Bei der Vielzahl der gesellschaftlichen Probleme, denen sich die Menschen in Deutschland gegenübersehen, ist die Frage, inwieweit sie denjenigen vertrauen, denen sie zuschreiben, mögliche Lösungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen anzubieten und umzusetzen, besonders relevant. Angesprochen sind hier zum einen staatliche Institutionen (dazu zählen die Regierung, Behörden, Gerichte und die Polizei) sowie die politischen Parteien, zum anderen aber auch Verantwortliche aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Um dies abzubilden wurden die Teilnehmer dazu befragt, ob und inwieweit sie staatlichen Institutionen sowie Parteien vertrauen². Traditionell wird in Deutschland der Polizei und den Gerichten das größte Vertrauen entgegengebracht. Dies ist auch im Jahr 2024 so: 73.8 % der Befragten vertrauen der Polizei und 70.6 % haben Vertrauen in die Gerichte. Gleichwohl haben beide Institutionen im Vergleich zu 2021 auch Vertrauensverluste zu verzeichnen. Die Polizei verliert in diesen vier Jahren 5.1 Prozentpunkte (2021: 78.9 %) und die Gerichte 4.1 Prozentpunkte (2021: 74.7 %). Deutlich geringer ist das Vertrauen, dass die Befragten 2024 den Behörden entgegenbringen

² Die Befragten konnten das Ausmaß des Vertrauens auf einer 6-stufigen Skala angeben, die von 1 = „überhaupt kein Vertrauen“ bis 6 = „volles Vertrauen“ reicht. Werte von 4 bis 6 bringen Vertrauen zum Ausdruck.

(47.4 %). Im Jahr 2021 lag diese Rate noch bei 62.4 %, was einem Vertrauensverlust von 15.0 Prozentpunkten entspricht.

Besonders gering war 2024 das Vertrauen der Befragten in die Regierung (27.8 %) und in die politischen Parteien (21.0 %). Diese beiden Institutionen haben auch die größten Vertrauensverluste seit 2021 zu verzeichnen. So halbierte sich das Vertrauen in politische Parteien in diesen vier Jahren und sank im Vergleich zu 2021 (40.5 %) um 19.5 Prozentpunkte. Noch etwas deutlicher sind die Vertrauensverluste in Bezug auf die Regierung in dieser Zeit. Hier finden sich im Vergleich zu 2021 (55.9 %) Rückgänge um 28.1 Prozentpunkte. Damit sind sowohl auf Ebene der staatlichen Exekutivorgane als auch im Bereich der Politik im betrachteten Zeitraum gravierende Vertrauensverluste zu verzeichnen.

Fasst man die Angaben für alle fünf thematisierten Institutionen in einer Mittelwertskala des „Systemvertrauens“ zusammen und dichotomisiert diese am numerischen Skalenmittelpunkt³, dann lässt sich ein erheblicher durchschnittlicher Vertrauensverlust sehr deutlich illustrieren: Im Jahr 2021 lag die Rate derer mit einem überwiegenden Vertrauen in staatliche und politische Institutionen noch bei zwei Drittel und nahm danach jedes Jahr weiter ab. Im Jahr 2024 wird mit 46.4 % der bislang niedrigste Stand erreicht.

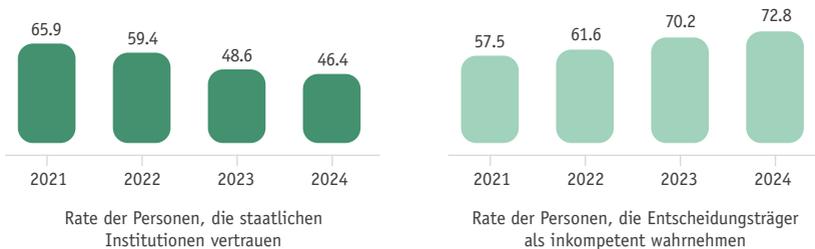


Abbildung 2: Vertrauen in staatliche Institutionen und Einschätzung der (In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger nach Erhebungsjahr (MiD 2021 – 2024, gewichtete Daten)

³ Befragte mit Werten größer als 3.5 wurden als solche mit Vertrauen in staatliche Institutionen eingestuft.

Um zu erfassen, für wie kompetent Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gehalten werden, wurden die Befragten gebeten, zu drei ihnen vorgelegten Aussagen⁴ den Grad ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung anzugeben. Aus diesen Angaben wurde die Mittelwertskala „Inkompetenzwahrnehmung“ gebildet und ebenfalls am numerischen Skalenmittelpunkt dichotomisiert⁵.

Im Ergebnis zeigt sich, dass ein Großteil der Befragten wichtigen Entscheidungsträgern sowohl die Fähigkeit als auch das Interesse abspricht, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und sich den Problemen der Bürger zuzuwenden. Diese Zuschreibung von Desinteresse und Unfähigkeit hat sich im Verlauf der letzten vier Jahre deutlich verstärkt: Im Jahr 2021 hielt mit 57.5 % bereits mehr als die Hälfte der Befragten wichtige Entscheidungsträger in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik für inkompetent. Im Jahr 2022 erhöhte sich diese Rate auf 61.6 %. Sie stieg 2023 weiter auf 70.2 % und erreichte 2024 mit 72.8 % ihren bisherigen Höchstwert.

Im Jahr 2024 sind zudem die Mittelwertskalen für Inkompetenzwahrnehmung und Systemvertrauen negativ hoch korreliert ($r = -.60, p < .001$), bilden aber durchaus nicht das Gleiche ab. Weitere Analysen, in denen die Versatilität der Besorgnisse in den Blick gerückt wird (ein Maß, das erfasst, in wie vielen der oben erfassten Bereiche die Befragten angeben, sehr besorgt zu sein), zeigen, dass mit zunehmender Anzahl der ausgeprägten Sorgen das Systemvertrauen sinkt ($r = -.28, p < .001$), während die Inkompetenzwahrnehmung mit der Anzahl der Bereiche in denen man sehr besorgt ist zunimmt ($r = .35, p < .001$).

Nach der General Strain Theory (Agnew 2006, 2017), dem theoretischen Konzept, das unseren Erhebungen und Analysen zugrunde liegt (vgl. Brettfeld et al. 2021a; Fischer et al. 2022; Brettfeld 2023), wäre zu erwarten, dass die individuelle Wahrnehmung neuer oder in ihrer Intensität erheblich erhöhter

⁴ Nach einer kurzen Einführung wonach unter anderem auch Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zuständig sind, wurden den Befragten folgende Aussagen vorgelegt: „Die Entscheidungsträger in unserem Land ... sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert“, „... sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen“ und „... handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung“.

⁵ Die Befragten konnten auf einer 4-stufigen Skala antworten, die von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“ reicht. Befragte mit Werten größer 2.5 sehen die Entscheidungsträger als inkompetent an.

gesellschaftlicher Herausforderungen und deren Bewertung als bedrohlich bei den Befragten vor allem dann zu einer anomischen Verunsicherung führt, wenn den gesellschaftlichen oder staatlichen Institutionen, die für die Bewältigung solcher Herausforderungen als zuständig angesehen werden, die dazu erforderlichen Kompetenzen und/oder Handlungsbereitschaften nicht zugebilligt, sondern bezweifelt oder sogar explizit abgesprochen werden. Ähnliche Effekte sind theoretisch zu erwarten, wenn staatlichen Institutionen, deren Aufgabe u. a. darin besteht, Maßnahmen zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen auf den Weg zu bringen, kein Vertrauen entgegengebracht wird (vgl. Brettfeld et al., 2021a, S. 112 ff m. w. Nachw.).

Um das Ausmaß einer solchen anomischen Verunsicherung zu messen, wurden den Befragten drei Aussagen vorgelegt und dazu deren Zustimmung bzw. Ablehnung erhoben⁶. Die Angaben wurden zu einer von 1-4 reichenden Mittelwertskala „Anomie“ zusammengefasst. Diese wurde sodann am Skalenpunkt 2.8 dichotomisiert, um Personen zu identifizieren, welche diese Items überwiegend zustimmend beantwortet haben. Diese Befragten werden als hoch anomisch verunsichert kategorisiert.

Im Jahr 2024 weisen mehr als die Hälfte der Befragten (55.0 %) eine solche hohe anomische Verunsicherung auf. Die Verbreitung dieser hohen Verunsicherung ist von 2021 (39.0 %) bis 2023 kontinuierlich angestiegen und blieb auch 2024 weiterhin hoch (Abbildung 3).

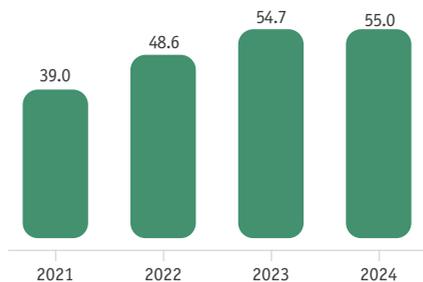


Abbildung 3: Rate der Personen mit hoher anomischer Verunsicherung nach Erhebungsjahr, (MiD 2021 – 2024, gewichtete Daten)

⁶ Die Aussagen lauten: „In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss.“ „Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man richtig unsicher.“ „Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass man nicht mehr weiß, was los ist.“ Die 4-stufige Antwortskala reicht von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“.

Individuelle anomische Verunsicherungen bedürfen – auch das wird in dem Modell der General Strain Theory postuliert – auf individueller Ebene einer Bewältigung, für die es unterschiedliche Strategien und Erscheinungsformen geben kann. Eine der diesem Modell zufolge möglichen Formen der Reaktion auf als bedrohlich erlebte gesellschaftliche Veränderungen und damit verbundene Verunsicherungen stellt die Hinwendung zu politischen Extremismen dar (Agnew, 2017). Darunter fallen insbesondere autoritäre Konzeptionen, die klare Ursachen- und Schuldzuschreibungen vornehmen sowie hohe Durchsetzungskraft und einfache sowie schnelle Lösungen versprechen. Dies sollte umso wahrscheinlicher sein, je stärker staatliche Institutionen und gesellschaftliche Entscheidungsträger entweder für die Entstehung der als bedrohlich erlebten Zustände verantwortlich gemacht oder als zur Lösung der damit verbundenen Probleme nicht fähig oder nicht bereit erachtet werden.

Die seit 2021 erkennbaren Zunahmen der anomischen Verunsicherung und der Inkompetenzzuschreibung in Bezug auf wichtige Entscheidungsträger, gepaart mit einem enormen Verlust des Vertrauens in staatliche Institutionen um fast 20 Prozentpunkte, lassen insofern theoretisch erwarten, dass im Verlauf des Zeitraums 2021 bis 2024 die Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen Zuwächse aufweisen sollte. Dies wird auf Basis der vorliegenden Daten in den folgenden Abschnitten empirisch geprüft.

Zeitliche Trends des Umfangs und der sozialen Verteilung extremismusaffiner politischer Einstellungen

Die Erfassung extremismusaffiner Einstellungen erfolgte in allen vier Erhebungswellen in gleicher Weise, was eine Analyse der zeitlichen Veränderungen ihrer Verbreitung und sozialen Verteilung über gesellschaftliche Teilgruppen ermöglicht. Erfasst wurden in allen Erhebungen sowohl phänomenübergreifende als auch phänomenspezifische Indikatoren extremismusaffiner politischer Einstellungen.

Die phänomenübergreifende Messung solcher Einstellungen konzentriert sich, unabhängig von der Links-Rechts-Orientierung der Befragten oder ihrer sonstigen religiösen oder ideologischen Haltungen, auf

demokratiedistante bzw. -feindliche Einstellungen. Diese enthalten, orientiert an den Grundelementen der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie wie sie im Grundgesetz geregelt sind, ablehnende Haltungen zu (1) individuellen Rechten und Freiheiten (darunter z. B. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit), (2) zum Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen (z. B. unabhängig von Geschlecht und Religion) sowie (3) zur konstitutionellen Verfasstheit Deutschlands (darunter z. B. Gewaltenteilung und Parlamentarismus) (vgl. ausführlich dazu Brettfeld et al. 2021b). Darüber hinaus wurden in phänomenspezifischer Hinsicht rechtsextreme Einstellungen sowie – speziell bezogen auf in Deutschland lebende Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit – islamismusaffine Einstellungen in jedem Jahr in gleicher Weise erfasst (vgl. Brettfeld et al., 2021b; Wetzels et al., 2023).

Phänomenübergreifende Analyse: Demokratiedistante Einstellungen

Demokratiedistante Einstellungen werden als ein mehrdimensionales Konstrukt aufgefasst und über drei normativ trennbare Subskalen (*Ablehnung von Freiheitsrechten*, *Ablehnung konstitutioneller Prinzipien*, *Ablehnung fundamentaler Gleichheitsrechte*) erfasst. Dazu wurden den Befragten in jeder dieser Subdimensionen vier – zumeist positiv formulierte – Aussagen vorgegeben, zu denen das Ausmaß der Zustimmung oder Ablehnung angegeben werden kann⁷.

Wie schon in den früheren Wellen (vgl. Brettfeld et al., 2023, S. 84) ist auch 2024 die Zustimmung zu basalen Freiheitsrechten enorm hoch und variiert zwischen 89.4 % (für das Recht zur Demonstration) und 94.5 % (für die Pressefreiheit). Für alle drei positiv formulierten Freiheitsrechte zeigt sich nach einem leichten Anstieg der Zustimmung im Jahr 2022 für 2023 ein leichter Rückgang. Einem Verbot von Streiks und Demonstrationen stimmten 2023 noch 13.4 % zu, 2024 sank dieser Wert auf 11.1 %. Insgesamt sind die Veränderungen auf Ebene der Einzelitems hier recht gering.

Auch die Zustimmung zu fundamentalen Gleichheitsrechten ist insgesamt sehr hoch, wenn auch je nach Thema etwas unterschiedlich stark. Kaum in Frage gestellt wird die Gleichbehandlung von Männern und Frauen. Im Jahr

⁷ Die Antwortkategorien reichen von 1 = "stimme gar nicht zu" bis 4 = "stimme völlig zu". Die Werte 3 und 4 werden als Zustimmung gewertet.

2024 stimmten hier 98.4 % der Befragten zu. Auch eine Benachteiligung von Menschen aufgrund der Hautfarbe wird ganz deutlich abgelehnt, 2024 widersprechen einer solchen Ungleichbehandlung 96.1 %.

Nicht ganz so hoch ist die Bereitschaft, Ausländer*innen bei der Vergabe von Wohnraum die gleichen Rechte wie Einheimischen zuzubilligen (Zustimmung 87.9 %). In noch etwas geringerem Maß wird der mit Blick auf Muslim*innen konkretisierten Aussage zugestimmt, wonach allen das gleiche Recht zusteht, ihre Religion frei auszuüben (Zustimmung 2024: 82.2 %), wobei eine insgesamt leicht abnehmende Akzeptanz im Vergleich von 2021 und 2024 ins Auge fällt.

Anders als bei Freiheits- und Gleichheitsrechten werden grundlegende Merkmale der konstitutionellen Verfasstheit unseres demokratischen Systems von einer deutlich größeren Minderheit der Befragten abgelehnt. Markante Anstiege hat es hier in erster Linie 2022 im Vergleich zu 2021 gegeben. Auffallend ist, dass auch im Jahr 2024 die Ablehnung der Gewaltenteilung mit 24.3 % immer noch relativ hoch ausfällt, auch wenn im Vergleich zu 2022 ein Rückgang der Zustimmung zu der Aussage, dass ein Gericht Entscheidungen des Parlaments nicht aufheben dürfe, zu erkennen ist. Das Recht auf Opposition sowie die Durchführung regelmäßiger Wahlen werden 2024 weiterhin von etwa knapp einem Fünftel der Befragten abgelehnt. 16.4 % sprechen sich für eine Reduzierung des Einflusses des Parlaments zugunsten einer starken politischen Führung aus, was eine höhere Rate als 2021 aber ein Rückgang gegenüber 2022 und 2023 ist, wo die Ablehnung der parlamentarischen Kontrolle der Exekutive ihre Höchstwerte hatte.

Tabelle 2

Einzelitems der Skala zur Erfassung demokratiedistanter Einstellungen:
Zustimmung in % in den Erhebungswellen 2021 bis 2024 (gewichtete Daten)

	MiD 2021	MiD 2022	MiD 2023	MiD 2024	p 21/24	p 22/24	p 23/24
Demokratische Freiheitsrechte							
Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen. ^x	85.8	90.2	88.5	89.4	***	n.s.	n.s.
Streiks und Demonstrationen gefährden die öffentliche Ordnung und sollten verboten werden.	11.3	11.1	13.4	11.1	n.s.	n.s.	**
Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden. ^x	93.9	95.0	93.7	94.5	n.s.	n.s.	n.s.
Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern. ^x	90.6	94.8	92.8	91.5	n.s.	***	*
Konstitutionelle Verfasstheit							
Wer bei einer Wahl unterliegt, soll die Regierungsgeschäfte nicht kritisieren dürfen.	15.2	20.9	19.7	18.8	***	*	n.s.
Wenn eine Regierung gute Arbeit leistet, gibt es keinen Grund, nach vier Jahren eine neue Wahl zu veranstalten.	16.7	20.6	21.4	20.1	***	n.s.	n.s.
Wenn das Parlament etwas entscheidet, darf das nicht durch ein Gericht wieder aufgehoben werden.	25.7	31.9	26.2	24.3	n.s.	***	*
Für eine starke politische Führung in Deutschland sollte das Parlament weniger Einfluss haben.	14.4	22.0	19.4	16.4	**	***	***
Gleichheitsrechte							
Menschen dürfen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligt werden. ^x	95.7	95.9	94.2	96.1	n.s.	n.s.	***
Frauen und Männer müssen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten. ^x	98.4	98.7	97.6	98.4	n.s.	n.s.	**
Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische. ^x	88.7	87.6	86.9	87.1	*	n.s.	n.s.
Muslime müssen ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen. ^x	84.6	85.0	84.0	82.2	**	***	*

Anmerkungen: Die mit x gekennzeichneten Items werden bei der Skalenbildung invertiert; Signifikanztest: # p <.10; * p <.05; ** p <.01; ***p <.001

Für die weiteren Analyse wurde zur Identifikation von Demokratiedistanz unter Einbeziehung aller Subdimensionen ein kategorialer Indikator gebildet. Dazu wurden die Subdimensionen der Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte, der konstitutionellen Verfasstheit des Staates sowie von Gleichheitsrechten in der Weise kombiniert, dass im Falle der Ablehnung von einer der drei Subdimensionen die jeweilige Person als demokratiedistant kategorisiert wird.⁸

Im Vergleich zu 2023 zeigt sich 2024 für diesen Indikator keine statistisch signifikante Veränderung: Der Anteil demokratiedistanter Befragter liegt 2024 bei 15,6 % und damit 0,5 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres. Im Vergleich zu 2021 (14,0 %) ergibt sich allerdings eine leicht erhöhte Rate. Diese Differenz ist aber nur auf dem 10 % Niveau signifikant, also eher eine schwache Tendenz.

Wie in den Jahren zuvor ist der relativ hohe Anteil demokratiedistanter Haltungen – wie auch die Zunahme im Vergleich zu 2021 – vor allem auf die Ablehnung konstitutioneller Prinzipien zurückzuführen und nicht auf negative Haltungen zu Freiheits- oder Gleichheitsrechten.

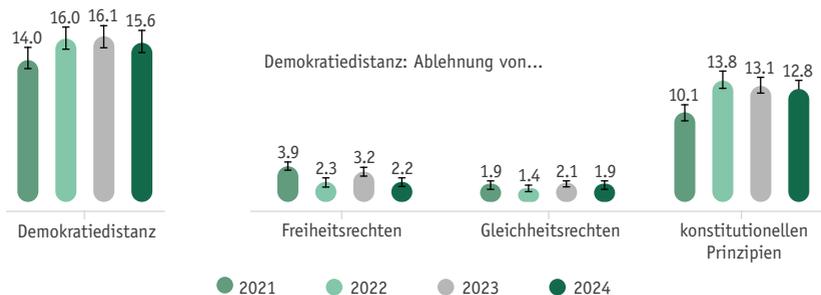


Abbildung 4: Prävalenzraten der Demokratiedistanz: Gesamtindikator und Subdimensionen (2021 – 2024 [MiD; gewichtete Daten])

Freiheitsrechte werden im Jahr 2024 nur von 2,2 % der Befragten abgelehnt, Gleichheitsrechte von 1,9 %, während konstitutionelle Prinzipien einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und parlamentarischen Demokratie im

⁸ In jeder der drei Subdimensionen wurde eine Mittelwertskala gebildet und am theoretischen Skalennittelpunkt dichotomisiert. Personen, die in einer der drei Subskalen einen Mittelwert von >2,5 aufweisen, wurden als demokratiedistant bewertet.

Jahr 2024 demgegenüber von 12,8 % der Befragten abgelehnt werden. Für die konstitutionellen Prinzipien ist die Differenz zu 2021 (10,1 %) statistisch signifikant ($p < .05$).

Eine differenzierte Betrachtung der Entwicklungen der Demokratiedistanz für verschiedene Altersgruppen führt zu weiteren für die Praxis der Extremismusprävention aufschlussreichen Ergebnissen: Während sich in der ältesten Gruppe ab 60 Jahre von 2022 bis 2024 rückläufige Raten erkennen lassen verläuft der Trend in der mittleren Altersgruppe genau umgekehrt: Hier steigen die Raten seit 2021 jedes Jahr weiter an. Bei der jüngsten Altersgruppe deutet sich demgegenüber ein kurvilinearere Verlauf an: Danach sind dort von 2021 bis 2023 die relativen Zunahmen (Steigerung um den Faktor 1,5) wie auch die absoluten Anstiege (+ 5,4 Prozentpunkte) am deutlichsten; 2024 geht hier die Rate dann aber wieder signifikant zurück.

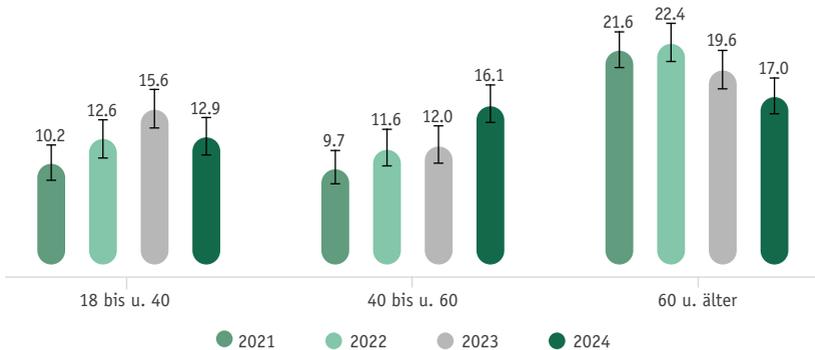


Abbildung 5: Prävalenzraten demokratiedistanter Einstellungen nach Erhebungsjahr für verschiedene Altersgruppen (MiD 2021 – 2024, gewichtete Daten)

Die erkennbaren Zunahmen einer negativen Haltung zu Demokratie und Rechtsstaat sind im mittleren Erwachsenenalter insoweit besonders ausgeprägt; aber auch im jüngeren Alterssegment sind Anstiege im Vergleich von 2021 und 2024 (+ 2,7 Prozentpunkte) zu erkennen. Diese Divergenzen der zeitlichen Trends je nach Altersgruppe führen dazu, dass sich die Unterschiede der Demokratiedistanz zwischen den Altersgruppen im betrachteten Zeitraum allmählich einander angleichen.

Das Ausmaß der Demokratiedistanz, das sich 2021 zwischen Männern und Frauen kaum unterschied (Männer: 13.8 %, Frauen: 14.1 %), liegt 2024 bei den Frauen mit 18.0 % um 5.1 Prozentpunkte über dem der Männer (2024: 12.9 %). Mit Blick auf die Bildungsstufen finden sich im Jahr 2024 ähnliche Verhältnisse wie im Jahr 2021. Bei niedrigem Schulabschluss ist die Rate der Demokratiedistanz 2024 mit 24.8 % deutlich höher als bei mittlerem (17.1 %) oder hohem Schulabschluss (6.5 %). Ähnliches gilt für den *Wohnort* der Befragten: Hier finden sich sowohl im Osten als auch im Westen der Republik zwischen 2021 und 2024 leichte Zunahmen der Demokratiedistanz (West: 13.9 % auf 15.1 %; Ost: 14.4 % auf 17.7 %). Die Entwicklungen sind insoweit im Zeitverlauf recht ähnlich.

Multivariat wurde mittels hierarchischer logistischer Regressionen geprüft, inwiefern die insgesamt zwischen 2021 und 2024 erkennbaren Zuwächse der Demokratiedistanz durch die zwischenzeitlichen Anstiege der anomischen Verunsicherung zu erklären sind, die im Gefolge der vermehrten Besorgnisse und erheblichen Vertrauensverluste zu erkennen waren (Tabelle 3).

Im Ergebnis zeigt sich: Die leichten Anstiege der Demokratiedistanz, die sich in Modell 0 für die Erhebungsjahre 2022, 2023 und 2024 im Vergleich zum Referenzjahrgang 2021 zeigen, bestehen auch bei Berücksichtigung soziodemographischer Variablen in Modell 1 weiter. Erkennbar sind auch die bivariat bereits beschriebenen Effekte des Bildungsniveaus (bei einem niedrigen Bildungsniveau zeigen sich signifikant erhöhte Raten der Demokratiedistanz) und des Geschlechts (Frauen weisen eine im Durchschnitt etwas höhere Demokratiedistanz auf als Männer). Weiter zeigt sich, bei simultaner Kontrolle von Geschlecht, Alter und Bildungsniveau, ein signifikanter aber eher geringer Effekt des Wohnortes der Befragten (Befragte in Ostdeutschland weisen demnach eine etwas höhere Demokratiedistanz auf als Befragte aus Westdeutschland).

Tabelle 3

Hierarchische logistische Regression von Demokratiedistanz auf Erhebungsjahr, soziodemographische Merkmale und anomische Verunsicherung (MiD 2021–2024, gewichtete Daten)

	Modell 0	Modell 1	Modell 2
Alter (0=18 bis u. 40 Jahre)			
40 bis u. 60 J.		1.26 *	1.27 *
60 J. und älter		1.04	1.09
Geschlecht (0=weiblich)		1.29 ⁻¹ **	1.16 ⁻¹
Bildung (0=hoch)			
niedrig		5.85 ***	4.26 ***
mittel		3.25 ***	2.69 ***
Wohnort (0=Westdeutschland)		1.30 *	1.21
Anomische Verunsicherung			2.09 ***
Welle (0=2021)			
2022	1.17 #	1.19 #	1.05
2023	1.18 #	1.25 #	1.02
2024	1.13 #	1.20 #	1.02
χ^2	0.437	307.4 ***	408.84 ***

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios (OR); negative Effekte werden in Form von 1/OR in Exponentialschreibweise angegeben; Signifikanztest: # $p < .10$; * $p < .05$; ** $p < .01$; *** $p < .001$

In Modell 2 zeigt sich im letzten Schritt ein deutlicher Effekt der anomischen Verunsicherung. Deren Erhöhung um eine Einheit geht mit einer Verdopplung des Risikos demokratiedistanter Einstellungen einher. Im vorliegenden Fall entspricht dies einem durchschnittlichen Anstieg der Demokratiedistanz um 8.5 Prozentpunkte (average marginal effect). Die Berücksichtigung der anomischen Verunsicherung der Befragten führt zudem dazu, dass die im Vergleich zum Jahr 2021 in den Modellen 0 und 1 noch bestehenden Unterschiede in der Demokratiedistanz nun nicht mehr signifikant sind, was bestätigt, dass die Zuwächse der Demokratiedistanz in den Jahren 2021 bis 2024 durch die in dieser Zeit deutlich gewachsene anomische Verunsicherung zu erklären sind.

Phänomenspezifische Analyse I: Rechtsextreme Einstellungen

Die Erfassung rechtsextremer Einstellungen orientiert sich in MiD an der in diesem Forschungsfeld etablierten Konsensdefinition (vgl. Decker et al.,

2010, S. 18; s.a. Decker et al., 2024, S. 33), wonach Rechtsextremismus ein Einstellungsmuster darstellt, das sich durch Kombinationen unterschiedlicher Formen von Ungleichwertigkeitsideologien kennzeichnet. In die Erfassung rechtsextremer Einstellungen gehen daran anknüpfend üblicherweise sechs Subdimensionen ein (*Ausländerfeindlichkeit*, *Chauvinismus*, *Antisemitismus*, *Sozialdarwinismus* die *Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur* und *Verharmlosung des Nationalsozialismus*), die sich den Bereichen des Ethnozentrismus (die beiden ersten Subdimensionen) sowie der Neo-NS-Ideologie (die letzten vier Subdimensionen) zuordnen lassen (vgl. Decker et al., 2024, S. 33). In den MiD-Erhebungen wurde der Aspekt des Ethnozentrismus um eine siebte Subdimension, die *Islamfeindlichkeit*, erweitert (vgl. Wetzels et al., 2022, S. 82; siehe dazu auch Kleinschnittger et al. in diesem Band). Den Befragten wurden in Bezug auf jede der sieben Subdimensionen eine bzw. zwei Aussagen vorgegeben, zu denen das Ausmaß der Zustimmung auf einer vierstufigen Likertskala angegeben werden konnte.⁹

Tabelle 4

Einzelitems der Skala zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen: Zustimmung in % in den Erhebungswellen 2021 bis 2024 (gewichtete Daten)

	MiD 2021	MiD 2022	MiD 2023	MiD 2024	p 21/24	p 22/24	p 23/24
Ausländerfeindlichkeit							
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	38.7	33.0	42.7	49.8	***	***	***
Islamfeindlichkeit							
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	30.8	27.1	31.6	36.8	***	***	***
Antisemitismus							
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	8.8	8.8	8.5	12.5	***	***	***
Juden kann man nicht trauen.	4.3	4.3	4.6	5.8	**	**	*
Chauvinismus							
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	52.2	62.4	61.7	61.0	***	n.s.	n.s.

⁹ Die Antwortkategorien reichen von 1 = "stimme gar nicht zu" bis 4 = "stimme völlig zu". Die Werte 3 und 4 werden als Zustimmung gewertet.

	MiD 2021	MiD 2022	MiD 2023	MiD 2024	p 21/24	p 22/24	p 23/24
Mein Volk ist anderen Völkern überlegen.	6.9	7.8	7.9	5.9	n.s.	***	***
Sozialdarwinismus							
Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.	11.8	23.0	27.6	22.3	***	n.s.	***
Es gibt wertvolles und unwertes menschliches Leben.	13.7	15.6	14.2	12.5	n.s.	***	*
Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur							
Ein Staat sollte einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	16.2	14.2	16.2	17.2	n.s.	***	n.s.
Verharmlosung des Nationalsozialismus							
Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben.	9.3	8.5	7.7	9.3	n.s.	n.s.	*

Anmerkungen: Signifikanztest: # $p < .10$; * $p < .05$; ** $p < .01$; *** $p < .001$

Mit Blick auf die insgesamt recht weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit – 49.8 % der Befragten stimmten im Jahr 2024 der Aussage zu, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gibt – lässt sich für die vergangenen drei Jahre ein klar zunehmender Trend ausmachen. Nach einem Rückgang zwischen 2021 und 2022 (38.7 % auf 33.0 %) findet sich 2023 ein starker Anstieg um fast 10 Prozentpunkte auf 42.7 %, der sich 2024 mit einer weiteren Zunahme um 7.1 Prozentpunkte auf 49.8 % fortsetzte. Ein solcher Trend findet sich in ähnlicher Weise für die Islamfeindlichkeit. Nach einem Rückgang von 30.8 % auf 27.1 % im Jahr 2022 zeigen sich seitdem Anstiege auf 31.6 % (2023) und 36.8 % für 2024.

Antisemitischen Aussagen wird im Vergleich dazu deutlich seltener zugestimmt (so auch Kleinschnittger et al. in diesem Band). Im Jahr 2024 waren 12.5 % der Befragten der Ansicht, dass Juden in Deutschland zu viel Einfluss hätten und 5.8 % gaben an, man könne Juden nicht trauen. Für beide Aussagen findet sich ein allmählich zunehmender Trend mit signifikanten Steigerungen zwischen 2021 und 2024. Dies stimmt mit den Befunden anderer aktueller Forschungsarbeiten für Deutschland recht gut überein. In ähnlicher Weise finden sich für 2024 z. B. deutlich ausgeprägte

Anstiege für Formen des traditionellen Antisemitismus in der aktuellen Leipziger Autoritarismusstudie (Decker et al., 2024, S. 90).

Weitere Veränderungen zeigen sich in den Subdimensionen Chauvinismus und Sozialdarwinismus. Der Aussage, dass wir wieder mehr Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten, stimmen im Jahr 2021 mit 52.2 % etwa die Hälfte zu. Diese Rate stieg 2022 auf 62.4 % und blieb seitdem auf diesem hohen Niveau. Der Aussage, dass das eigene Volk anderen Völkern überlegen sei, stimmten 6.9 % im Jahr 2021 zu, 2024 waren dies mit 5.9 % zwar 1.0 Prozentpunkte weniger, diese Differenz ist statistisch jedoch nicht signifikant. Die Höchstwerte finden sich diesbezüglich in den Jahren 2022 (7.8 %) und 2023 (7.9 %). Insgesamt ist die Zustimmung zu dieser Aussage aber recht gering.

Das Statement, der Stärkere müsse sich durchsetzen, damit es Fortschritt gibt – das auf eine Befürwortung von Ellenbogenmentalität sowie Konkurrenz und weniger auf soziale Kooperation oder gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgerichtet ist – erhielt im Laufe der hier betrachteten Jahre immer stärkeren Zuspruch. 2021, stimmten dieser Aussage nur 11.8 % der Befragten zu, 2024 sind es mit 22.3 % etwa doppelt so viele. Die Höchststrate ist 2023 mit 27.6 % zu finden. Der Anteil der Befragten, die der weiteren Aussage zustimmen, dass man menschliches Leben in wertvolles und unwertes Leben unterteilen könne, schwankt zwischen 15.6 % im Jahr 2022 und dem niedrigsten Stand mit 12.5 % im Jahr 2024. Demgegenüber fällt die Rate derer, die einen starken Führer befürworten, 2024 mit 17.2 % am höchsten aus. Auch die Verharmlosung des Nationalsozialismus erfährt im Jahr 2024 den höchsten Zuspruch (9.3 %). Eine gleich hohe Zustimmung ist für 2021 zu finden, die Raten dazwischen waren insbesondere 2023 geringer.

Auf Basis dieser Angaben wurde eine Mittelwertskala „rechtsextreme Einstellungen“ gebildet, in welche die sieben Subdimensionen mit je gleichem Gewicht eingehen. Im Fall von Subdimensionen, für die zwei Items vorliegen, wurde zunächst der Mittelwert für die betreffende Subdimension bestimmt und dieser dann bei der Skalenbildung verwendet. Auf Basis dieser von 1-4 reichenden Skala wurde – in allen Jahren in gleicher Weise – ein dreistufiger kategorialer Indikator gebildet, der zwischen einer Ablehnung rechter Einstellungen, einer latent rechten Haltung – die

Offenheit für rechtes Gedankengut indiziert – sowie manifesten rechts-extremen Einstellungen – einem geschlossen rechten Weltbild – differenziert (für Einzelheiten zur Bildung dieses Indikators und zur Vergleichbarkeit mit anderen Studien vgl. Wetzels et al., 2022).¹⁰

Manifest rechtsextreme Einstellungen finden sich 2024 bei 5.8 % der Befragten. Dieser Anteil ist von 4.9 % im Jahr 2021 und 4.2 % im Jahr 2022 (dem zwischenzeitlich niedrigsten Stand) sukzessiv über 5.3 % im Jahr 2023 auf sein Maximum von 5.8 % in 2024 gestiegen.

Deutlich höher ist der Anteil der Befragten, bei denen eine latente rechts-extreme Orientierung vorliegt, die insoweit also offen für rechte Ideologien und damit auch anfällig für potentielle Rekrutierungen von rechter Seite sind. Zu dieser Gruppe gehören in den verschiedenen Erhebungsjahren zwischen einem Fünftel bis einem Viertel der Befragten. Im Jahr 2021 betraf dies 21.8 % der Befragten, im Jahr 2022 waren es 21.1 %, im Jahr 2023 dann 23.8 % und 2024 wurde mit einer Rate von 26.6 % der bisherigen Höchststand erreicht. Diese Zunahme der latent rechtsextrem Eingestellten zwischen 2021 und 2024 ist statistisch signifikant ($\chi^2 = 8.94$, $df = 1$; $p < .01$).

Im Ergebnis bedeutet dies, dass die klare Ablehnung rechtsextremer Ideologien insgesamt signifikant zurückgegangen ist (von 73.3 % in 2021 auf 67.5 % in 2024; $\chi^2 = 11.31$, $df = 1$; $p < .001$). Dementsprechend sind etwa ein Drittel der Befragten (32.5 %) im Jahr 2024 als mindestens offen für rechtsextremes Gedankengut zu bezeichnen, was ein erhebliches Risikopotential umreißt und eine große Herausforderung für die Extremismusprävention markiert.

Betrachtet man speziell die Entwicklung der besonders kritischen Gruppe der Personen mit manifest rechtsextremen Einstellungsmustern bezüglich verschiedener Altersgruppen, dann zeigen sich ähnliche bemerkenswerte Binnendifferenzierungen wie im Falle der Demokratiedistanz (Abbildung 6).

Hinter den in der Gesamtgruppe auf den ersten Blick nur geringen Veränderungen im Zeitverlauf liegen bei Betrachtung der verschiedenen

¹⁰ Befragte, die auf der kontinuierlichen Skala einen Mittelwert von maximal 2.0 aufweisen, wurden als rechtsextreme Einstellungen ablehnend eingestuft; Personen die Werte oberhalb von 2 bis maximal 2.8 aufweisen wurden als latent rechtsextrem bzw. offen für rechte Ideologien bezeichnet und Befragte, die auf der Skala Werte über 2.8 aufweisen als solche mit manifesten rechtsextremen Einstellungen eingestuft.

Altersgruppen recht unterschiedliche und teilweise gegenläufige Trends. Während in den beiden jüngeren Altersgruppen der Anteil Befragter mit manifesten rechtsextremen Einstellungen zwischen 2021 und 2024 zugenommen hat (18 bis u. 40 Jahre: 3.2 % auf 5.6 %, n.s. und 40 bis u. 60 Jahre: 1.8 % auf 5.6 %, $\chi^2 = 8.72$, $df = 1$; $p < .01$), zeigen sich bei den im rechten Bereich traditionell höher belasteten über 60-Jährigen im gleichen Zeitraum Rückgänge (von 9.5 % in 2021 auf 6.1 % in 2024, $\chi^2 = 3.38$, $df = 1$; $p < .10$). Im Ergebnis unterscheiden sich damit 2024 die drei Altersgruppen im Ausmaß manifest rechtsextremer Einstellungen nicht mehr signifikant, was 2021 und 2022 noch völlig anders war.

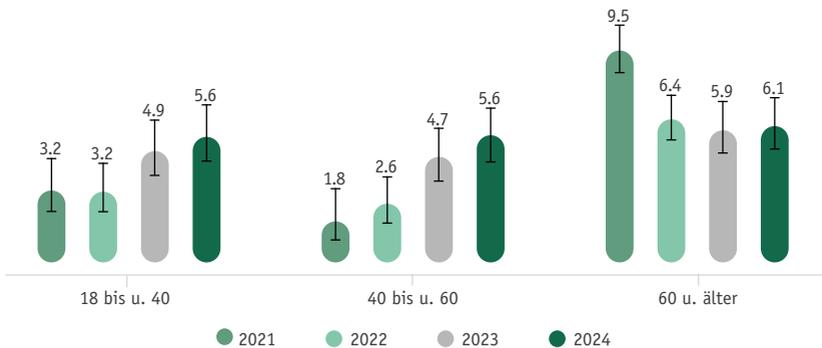


Abbildung 6: Prävalenzraten manifest rechtsextremer Einstellungen nach Erhebungsjahr für verschiedene Altersgruppen (MiD 2021 – 2024, gewichtete Daten)

Mit Blick auf das Geschlecht der Befragten zeigen sich für manifest rechtsextreme Einstellungen zudem leicht unterschiedliche Entwicklungen: Bei Männern bleibt die Verbreitung manifest rechtsextremer Einstellungen im Verlauf der vier Jahre etwa gleich (2021: 5.6 %, 2022: 5.1 %, 2023: 5.0 %, 2024: 5.6 %). Bei den Frauen hingegen nehmen solche Einstellungen nach einem zwischenzeitlichen Rückgang in Jahr 2022 in den Jahren 2023 und 2024 wieder zu (2021: 4.1 %, 2022: 3.2 %, 2023: 5.4 %, 2024: 5.7 %). Dies führt dazu, dass sich Frauen und Männer im Ausmaß manifest rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2024 nicht mehr signifikant voneinander unterscheiden.

Das Bildungsniveau der Befragten hat ganz massive Effekte auf die Verbreitung manifest rechtsextremer Einstellungen. Bei Befragten, die maximal einen Hauptschulabschluss erreicht haben, beträgt im Jahr 2024 deren Rate 11.4 %. Bei Personen mit mittlerer Reife liegt sie bei 5.4 % und bei Befragten mit Abitur oder einem vergleichbaren Schulabschluss bei nur 1.4 % ($\chi^2 = 42.76$, $df = 2$; $p < .001$). Im Zeitraum seit 2021 gibt es diesbezüglich keine relevanten Veränderungen dieses Effektes.

Beschränkt man die Betrachtung auf die Gruppe derer mit weniger ausgeprägten, latent rechtsextremen Einstellungen, zeigen sich insgesamt etwas andere Entwicklungstendenzen: Von 2021 mit 21.8 % steigen die entsprechenden Raten bis 2024 auf 26.6 %, dem bisherigen Höchststand. Die drei Altersgruppen zeigen in ihrer Größenordnung vergleichbare Zunahmen. Bei den jüngeren Befragten unter 40 Jahren liegt der Anteil derer, die offen für rechtsextreme Ideologien sind 2021 bei 16.5 % und 2024 bei 21.8 % (diese Veränderung im Vergleich zu 2021 ist statistisch signifikant; $\chi^2 = 4.37$, $df = 1$; $p < .05$). In der Altersgruppe der 40 bis unter 60-Jährigen stieg die entsprechende Rate von 21.4 % auf 25.6 % und bei den älteren Befragten ab 60 Jahren findet sich mit 31.8 % die im Altersvergleich im Jahr 2024 höchste Rate, die seit 2021 (26.7 %) auch signifikant zugenommen hat ($\chi^2 = 12.81$, $df = 2$; $p < .01$).

Werden manifeste rechtsextreme Einstellungen sowie die Fälle mit einer Offenheit für rechtsextremes Gedankengut zusammengefasst, dann zeigt sich für die so gebildete Variable der rechtsextremen Einstellungen ein ganz klarer, von 2021 bis 2024 ansteigender Trend. Die Raten haben sich in der Gesamtstichprobe von 26.7 % (2021) und 25.4 % (2022) danach im Jahr 2023 auf 29.1 % und in 2024 weiter auf 32.5 % schrittweise erhöht. Die Zuwächse sind dabei in den beiden jüngeren Altersgruppen relativ am stärksten ausgeprägt (bei den 18- bis unter 40-Jährigen + 7.4 Prozentpunkte und bei den 40 bis unter 60jährigen + 8.0 Prozentpunkte), während in der Gruppe ab 60 Jahre und älter kaum Veränderungen zu erkennen sind (+ 1.7 Prozentpunkte).

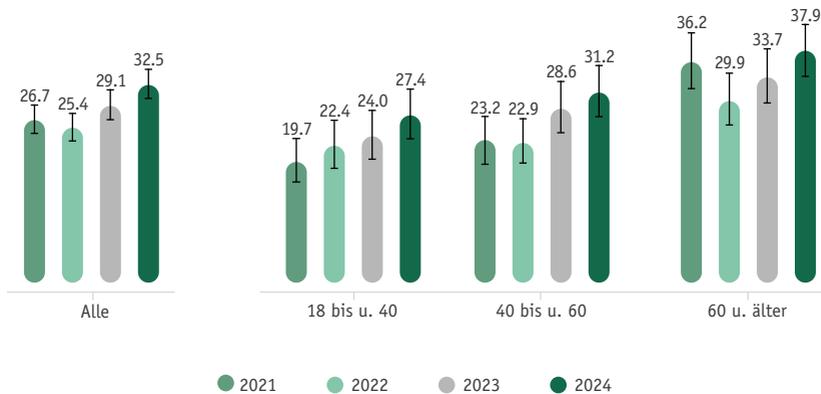


Abbildung 7: Prävalenzraten rechtsextremer Einstellungen (manifest und offen) nach Erhebungsjahr für verschiedene Altersgruppen (MiD 2021-2024, gewichtete Daten)

Mit Bezug zu den so bestimmten rechtsextremen Einstellungen wurde multivariat geprüft inwieweit, abseits der Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen, die Zunahme der anomischen Verunsicherungen die erkennbaren zeitlichen Zuwächse zu erklären vermag. Als abhängige Variable wurden hier insoweit manifeste und latente rechtsextreme Einstellungen zusammengefasst betrachtet (i. e. mindestens offen für rechtsextreme Einstellungen).

In Modell 0 zeigt sich die signifikant höhere Rate in Bezug auf das Erhebungsjahr 2024 im Vergleich zur Referenzkategorie des Jahres 2021. Nach Kontrolle soziodemographischer Merkmale sind in Modell 1 signifikante Effekte des Erhebungsjahres auch weiterhin nachweisbar (Tabelle 5).

Tabelle 5

Hierarchische logistische Regression rechtsextremer Einstellungen (mind. offen) auf Erhebungsjahr, soziodemographische Merkmale und anomische Verunsicherung (MiD 2021 – 2024, gewichtete Daten)

	Modell 0	Modell 1	Modell 2
Alter (0=18 bis u. 40 Jahre)			
40 bis u. 60 J.		1.00	1.01
60 J. und älter		1.10	1.19 *
Geschlecht (0=weiblich)		1.10	1.31 ***
Bildung (hoch)			
niedrig		4.99 ***	3.37 ***
mittel		2.54 ***	1.99 ***
Wohnort (0=Westdeutschland)		1.77 ***	1.67 ***
Anomie			2.89 ***
Welle (0=2021)			
2022	1.07 ⁻¹	1.06 ⁻¹	1.32 ⁻¹ **
2023	1.13	1.22 *	1.12 ⁻¹
2024	1.32 ***	1.46 ***	1.09
χ^2	20.4 ***	498.2 ***	806.9 ***

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios (OR); negative Effekte werden in Form von 1/OR in Exponentialschreibweise angegeben; Signifikanztest: # $p < .10$; * $p < .05$; ** $p < .01$; *** $p < .001$

Werden dann aber in Modell 2 die Effekte anomischer Verunsicherung statistisch kontrolliert, sind Unterschiede zwischen 2024 und 2021 nicht mehr zu erkennen. Insoweit lassen sich die deutlichen Zunahmen des Ausmaßes

mindestens latenter rechtsextremer Einstellungen im hier betrachteten Zeitraum zwischen 2021 und 2024 vollständig durch den Anstieg der anomischen Verunsicherung in der Bevölkerung aufklären.

Phänomenspezifische Analyse II: Islamismusaffine Einstellungen

Islamismusaffine Einstellungen sind nach unserer hier zugrunde gelegten Definition (vgl. Brettfeld et al., 2021a; Wetzels et al., 2022) durch drei zentrale Aspekte gekennzeichnet: 1.) Die Bereitschaft, religiöse islamspezifische Vorstellungen und Regeln zur Grundlagen der politischen Verfasstheit des Staates zu machen sowie die Befürwortung einer solchen politischen Ordnung, 2.) Die Abwertung anderer, nicht islamischer Religionen und Gesellschaften sowie 3.) Eine pauschal übersteigerte Aufwertung des Islam.

In diesem Sinne islamismusaffine Einstellungen wurden nur bei Personen erhoben, die sich nach ihren eigenen Angaben dem Islam zuordnen und selbst als Muslime bezeichnen. Diesen Befragten wurden insgesamt acht Aussagen, welche zentrale Aspekte des Islamismus im Sinne der drei genannten Subdimensionen erfassen, mit der Bitte vorgelegt, auf einer vierstufigen Skala den Grad ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung anzugeben.¹¹

Tabelle 6

Einzelitems der Skala zur Erfassung islamismusaffiner Einstellungen: Zustimmung in % in den Erhebungswellen 2021 bis 2024 (nur muslimische Befragte, gewichtete Daten)

	MiD 2021	MiD 2022	MiD 2023	MiD 2024	p 21/24	p 22/24	p 23/24
Verhältnis Religion – Politik							
Ein islamischer Gottesstaat ist die beste Staatsform.	18.7	17.5	24.8	21.5	n.s.	*	n.s.
Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland.	26.1	24.1	31.6	31.9	**	***	n.s.
Die deutsche Gesellschaft sollte stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden.	14.5	12.9	19.0	13.5	n.s.	n.s.	***
Einen religiösen Führer, der von einem Rat unterstützt wird, finde ich besser als das demokratische System in Deutschland.	8.8	8.7	11.9	9.4	n.s.	n.s.	n.s.

¹¹ Die Antwortkategorien reichen von 1 = "stimme gar nicht zu" bis 4 = "stimme völlig zu". Die Werte 3 und 4 werden bei der tabellarischen Darstellung als Zustimmung zusammengefasst.

	MiD 2021	MiD 2022	MiD 2023	MiD 2024	p 21/24	p 22/24	p 23/24
Abwertung anderer Religionen und Gesellschaften							
In Deutschland kann man deutlich sehen, dass die christlichen Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern.	23.2	23.9	31.9	26.5	n.s.	n.s.	**
Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen.	30.8	35.5	45.2	43.4	***	***	n.s.
Juden kann man nicht trauen.	12.6	17.2	18.6	24.3	***	***	***
Aufwertung des Islam							
Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen.	31.7	36.7	44.9	40.0	***	n.s.	*

Anmerkungen: Signifikanztest: # $p < .10$; * $p < .05$; ** $p < .01$; *** $p < .001$

Im Jahr 2024 hält knapp ein Fünftel (21.5 %) einen islamischen Gottesstaat für die beste Staatsform und mit 31.9 % gibt knapp ein Drittel an, ihnen sei der Koran wichtiger als die Gesetze in Deutschland. Etwas geringer fällt die Zustimmung zu der Forderung aus, dass die deutsche Gesellschaft stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden sollte (13.5 %) und nur 9.4 % der muslimischen Befragten geben einem religiösen Führer den Vorzug vor dem demokratischen System in Deutschland. Damit wird zwar von einem relevanten Teil der Musliminnen und Muslime in Deutschland eine theokratische Staatsform der demokratischen Verfasstheit unseres Staates vorgezogen, gleichwohl lehnt die weit überwiegende Mehrheit einen islamischen Staat in diesem Sinne ab. Insbesondere die Bevorzugung des Koran gegenüber den Gesetzen in Deutschland weist allerdings eine klar zunehmende Tendenz auf. Bei den anderen Aussagen ist das so nicht der Fall. Hier deuten sich 2024 eher Rückgänge im Vergleich zu 2023 an.

Intolerante Einstellungen im Sinne einer pauschalen Abwertung der Moral westlicher Gesellschaften oder der christlichen Religion sind unter den muslimischen Befragten recht weit verbreitet: So stimmt im Jahr 2024 mehr als ein Viertel (26.5 %) der Aussage zu, dass christliche Religionen nicht in der Lage seien, die Moral zu sichern und 43.4 % halten die Sexualmoral westlicher Gesellschaft für völlig verkommen. Pauschale Abwertungen von Juden sind im Jahr 2024 mit 24.3 % auf ihrem Höchststand. 40.0 % der muslimischen Befragten werten zudem den Islam pauschal auf und sprechen ihm alleine zu, die Probleme unserer Zeit lösen zu können.

Unter Einbeziehung der acht hier erfassten Items wurde eine Mittelwertskala „islamismusaffine Einstellungen“ gebildet und darauf basierend – und in gleicher und Weise wie bei den rechtsextremen Einstellungen – ein dreistufiger kategorialer Indikator konstruiert. Dieser unterscheidet zwischen (1) der Ablehnung islamismusaffiner Einstellungen, (2) einer Offenheit für islamistische Ideologien und (3) manifesten islamismusaffinen Einstellungen (für Einzelheiten zur Bildung dieses Indikators und zur Vergleichbarkeit mit anderen Studien vgl. Wetzels et al. 2022b).¹²

Manifest islamismusaffine Einstellungen weisen im Jahr 2024 demnach 10.9 % der muslimischen Befragten auf. Damit liegt diese Rate deutlich niedriger als im Jahr 2023 aber immer noch über den Raten der Jahre 2021 und 2022. Auffallend ist, dass die Raten in der jüngsten Altersgruppe mit großem Abstand am höchsten ausfallen. Zwar hat es bei den älteren Befragten ab 60 Jahre im Laufe der vier Jahre auch deutliche Anstiege gegeben. Die Raten für die Altersgruppe der 18 bis unter 40jährigen ist 2024 aber gleichwohl mit 14.4 % immer noch doppelt so hoch wie die Rate der ab 60jährigen mit 7.7 % und fast dreimal so hoch wie bei den 40 bis 60jährigen.

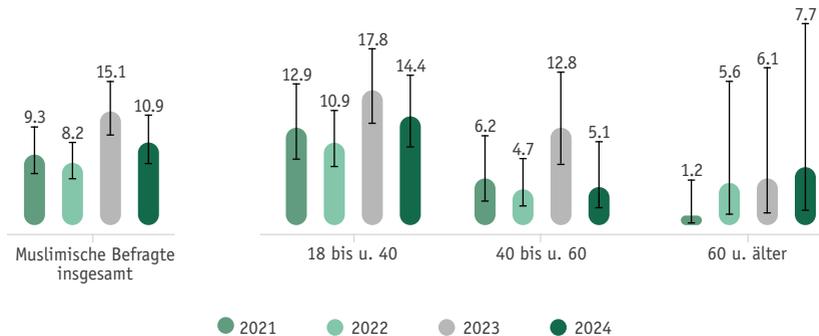


Abbildung 8: Prävalenzraten manifest islamismusaffiner Einstellungen nach Erhebungswelle und nach Altersgruppen (MiD 2021 – 2024, nur muslimische Befragte, gewichtete Daten)

Ähnlich wie bei den rechtsextremen Einstellungen ist auch bei den islamismusaffinen Einstellungen der Anteil der Befragten, die keine manifest ausgeprägten derartigen Einstellungen aufweisen, wohl aber offen für

¹² Befragte, die auf der kontinuierlichen Skala einen Mittelwert von maximal 2.0 aufweisen, werden als islamismusaffine Einstellungen ablehnend eingestuft. Sofern sie Werte oberhalb von 2 bis maximal 2.8 erreichen werden sie als latent islamismusaffin bzw. offen für islamistisches Gedankengut bezeichnet. Fälle, die auf der Skala Werte über 2.8 aufweisen werden als manifest islamismusaffin eingestuft kategorisiert.

islamistisches Gedankengut sind, deutlich höher. Aktuell betrifft dies im Jahr 2024 28,6 % der muslimischen Befragten, die latent islamismusaffine Einstellungen teilen. Im Vergleich zum Jahr 2021 (20,0 %) ist dies eine deutliche, statistisch signifikante Zunahme ($\chi^2 = 16,9$, $df = 1$; $p < .001$).

Die Anstiege sowohl der manifesten als auch der latenten Formen islamismusaffiner Einstellungen führen dazu, dass die eindeutige Ablehnung islamistischen Gedankengutes unter den muslimischen Befragten im hier betrachteten Zeitraum stark abgenommen hat. Lehnten im Jahr 2021 noch 70,7 % islamistische Positionen eindeutig ab, betrug diese Rate 2022 nur noch 65,6 %. Sie reduzierte sich dann 2023 weiter auf 57,9 % und lag ein Jahr danach 2024 mit 60,5 % immerhin 10,2 Prozentpunkte niedriger als 2021, ein statistisch hoch signifikanter Unterschied ($\chi^2 = 33,1$, $df = 1$; $p < .001$).

Eine Betrachtung derer, die mindestens eine Offenheit für islamistisches Gedankengut erkennen lassen, differenziert nach Altersklassen, illustriert diese Entwicklungen nochmals (Abbildung 9). Es erweist sich, dass Anstiege islamismusaffiner Einstellungen in dem Vierjahreszeitraum für alle Altersklassen in ähnlichen Verläufen und mit vergleichbaren relativen Steigerungen zu finden sind. Zugleich wird deutlich, dass die Prävalenzraten in allen vier Jahren bei den jüngeren Erwachsenen im Alter von 14–40 Jahren besonders hoch sind. Dies unterstreicht, dass vor allem junge Menschen mit Blick auf die Prävention von Islamismus unter der in Deutschland lebenden muslimischen Wohnbevölkerung eine zentrale Zielgruppe sein sollten, die es zu erreichen gilt.

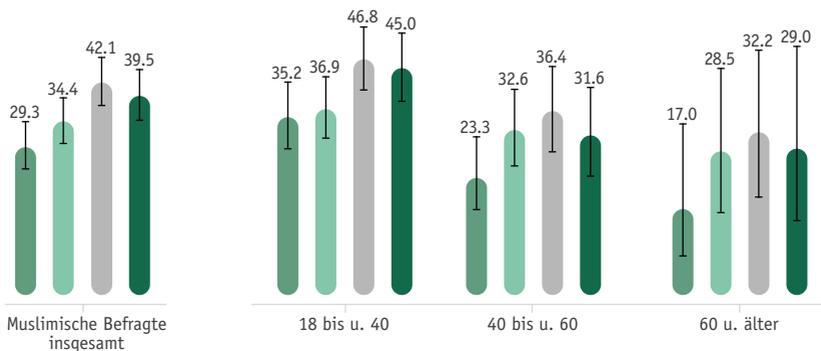


Abbildung 9: Prävalenzraten islamismusaffiner Einstellungen (mind. offen) nach Erhebungswelle und Altersgruppen, MiD 2021 – 2024 (nur muslimische Befragte, gewichtete Daten)

Auf Basis multivariater hierarchischer logistischer Regressionen wurde weiter untersucht, inwiefern die betrachteten Entwicklungen islamismusaffiner Einstellungen ebenfalls mit der Zunahme anomischer Verunsicherungen im fraglichen Zeitraum in Zusammenhang stehen. Vor dem Hintergrund früherer Befunde (vgl. Wetzels et al., 2023; Fischer & Wetzels, 2023, 2024a; 2024b), in denen gezeigt werden konnte, dass Aspekte der Religiosität für die Erklärung von Islamismus wie auch für Formen der Intoleranz bei muslimischen Befragten eine besondere Rolle spielen, wurde zusätzlich analysiert, inwieweit die Relevanz der Religion für den eigenen Lebensalltag sowie die Ausprägung der tatsächlich praktizierte Religion einen Einfluss haben. Angesichts jüngerer Befunde zur Verbreitung von Antisemitismus unter Muslimen, die Zusammenhänge mit der Intensität der kollektiven Religionspraxis aufzeigen konnten (vgl. Fischer & Wetzels 2024a) wurde dazu u. a. die Häufigkeit des Moscheebesuchs als Prädiktorvariable in die Analyse aufgenommen (Tabelle 7).

Modell 0 zeigt zunächst die signifikanten Anstiege der Prävalenzrate islamismusaffiner Einstellungen in den Jahren 2023 und 2024 im Vergleich zum Referenzjahrgang 2021.

Die signifikanten Anstiege für 2023 und 2024 bleiben bestehen, wenn in Modell 1 soziodemografische Merkmale – hier Alter, Geschlecht und Bildung – statistisch kontrolliert werden. Erkennbar wird dabei auch, dass ältere Muslime signifikant geringere Prävalenzraten islamismusaffiner Einstellungen aufweisen als die unter 40-Jährigen. Anders als bei den rechtsextremen Einstellungen weist im Falle der muslimischen Befragten die jüngste Altersgruppe multivariat eindeutig das höchste Niveau politisch-religiös konnotierter extremismusaffiner Einstellungen auf. Mit zunehmendem Alter nehmen diese Anteile ab und sind in der Altersklasse ab 60 Jahren ($OR = 2.20^{-1}$, $p < .001$) nur etwa halb so groß wie bei der Referenzgruppe der unter 40-jährigen. In Prozentpunkten entspricht dies einem durchschnittlichen Unterschied zwischen der jüngsten und der ältesten Gruppe von etwa 16 Prozentpunkten (average marginal effect). Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten bestehen hier nicht.

Tabelle 7

Hierarchische logistische Regression islamismusaffiner Einstellungen (mind. offen) auf Erhebungsjahr, soziodemographische Merkmale, anomische Verunsicherung, Bedeutung der Religion und Häufigkeit des Moscheebesuchs (MiD 2021 – 2024, gewichtete Daten)

	Modell 0	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Alter (0=18 bis u. 40 Jahre)				
40 bis u. 60 J.		1.68 ⁻¹ ***	1.71 ⁻¹ ***	1.43 ⁻¹ *
60 J. und älter		2.20 ⁻¹ ***	2.25 ⁻¹ ***	2.17 ⁻¹ **
Geschlecht (0=weiblich)		1.13	1.17	1.12
Bildung (hoch)				
niedrig		1.60 ***	1.54 ***	1.47 **
mittel		1.19	1.17	1.21
Anomie			1.49 ***	1.39 ***
Religion ist „sehr wichtig“				4.46 ***
Moscheebesuch (0=nie)				
max. einmal wöchentlich				2.26 ***
mind. mehrfach wöchentlich				12.24 ***
Welle (0=2021)				
2022	1.26	1.31	1.18	1.04 ⁻¹
2023	1.76 ***	1.77 ***	1.64 **	1.20
2024	1.57 **	1.58 **	1.53 *	1.26
χ^2	15.77 **	46.93 ***	70.73 ***	317.8 ***

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios (OR); negative Effekte werden in Form von 1/OR in Exponentialschreibweise angegeben; Signifikanztest: # $p < .10$; * $p < .05$; ** $p < .01$; *** $p < .001$

Ähnlich wie im Falle der Demokratiedistanz und der rechtsextremen Einstellungen ist bei islamismusaffinen Einstellungen ebenfalls ein klarer Bildungseffekt zu erkennen, der allerdings nicht ganz so stark ausfällt, wie bei rechtsextremen Einstellungen. In Prozentpunkten ausgedrückt ergibt sich für Befragte mit niedriger Bildung nach statistischer Kontrolle der Effekte der übrigen Faktoren eine durchschnittlich um 10.3 Prozentpunkte erhöhte Rate islamismusaffiner Einstellungen im Vergleich zur Referenzkategorie (Muslime mit Abitur).

Im nächsten Schritt wurde zusätzlich das Ausmaß der anomischen Verunsicherung berücksichtigt (Modell 2). Diese erweist sich auch mit Blick

auf islamismusaffine Einstellungen muslimischer Befragter als ein signifikanter relevanter Prädiktor. Im Falle der Erhöhung der anomischen Verunsicherung um eine Einheit steigt die Prävalenzrate der islamismusaffinen Einstellungen um durchschnittlich 8.8 Prozentpunkte (average marginal effect). Damit ist der Effekt der anomischen Verunsicherung im Falle der islamismusaffinen Einstellungen etwas geringer als bei den rechtsextremen Einstellungen. Die Einbeziehung der anomischen Verunsicherung in das Regressionsmodell führt nicht dazu, dass die signifikanten Anstiege islamismusaffiner Einstellungen in den Jahren 2023 und 2024 gegenüber 2021 aufgeklärt würden. Es sind weiterhin signifikante Effekte des Erhebungsjahres zu erkennen (2023: OR = 1.64; $p < .01$; 2024: OR = 1.53; $p < .05$). Damit trägt die anomische Verunsicherung im Falle des Islamismus zwar zur Erklärung der erkennbaren Zunahmen im Zeitverlauf bei, erklärt diese jedoch nicht vollständig.

Weitergehende Analysen zeigen, dass der geringere Effekt der anomischen Verunsicherung im Hinblick auf islamismusaffine Einstellungen seine Erklärung unter anderem darin findet, dass diese Verunsicherung bei muslimischen Befragten insgesamt in allen Jahren deutlich stärker ausgeprägt ist als bei anderen Befragten: So lag die Rate der in dieser Weise stark verunsicherten muslimischen Befragten bereits im Jahr 2021 bei 58.0 % und stieg im Verlauf der folgenden Jahre auf 68.9 % (2022), 69.8 % (2023) und erreichte 2024 das bisherige Maximum von 72.2 %. Insoweit liegt hier vermutlich ein Deckeneffekt dergestalt vor, dass die anomische Verunsicherung in dieser Bevölkerungsgruppe bereits so weit verbreitet ist, dass von einer weiteren Zunahme kaum noch Effekte zu erwarten sind.

Hier stellt sich die Frage, welche weiteren Einflussfaktoren bei den muslimischen Befragten für die Zunahme der islamismusaffinen Einstellungen im Zeitverlauf relevant sein könnten. Aus theoretischer Sicht sollte es sich dabei um Faktoren handeln, die einerseits der Bewältigung der hohen anomischen Verunsicherung dienen und den - von muslimischen Befragten ebenfalls gehäuft berichteten - Diskriminierungs- und Marginalisierungserlebnissen (vgl. dazu u. a. Wetzels et al., 2022b; siehe auch Kleinschnittger et al. in diesem Band) entgegenwirken, andererseits aber auch eine Radikalisierung der muslimischen Befragten befördern könnten. Bewältigungsstrategien, die dafür in Betracht kommen, beziehen sich unter anderem auf Aspekte von Religion. Insoweit sind zum einen die individuellen

Bindungen an die eigene Religion als möglicher Rückhalt relevant. Zum anderen geht es auch um über Religion vermittelte soziale Kontakte, die über Beziehungen zu anderen Gläubigen in einer religiösen Gemeinschaft Bewältigungsoptionen enthalten (vgl. zu Religion und Coping Brettfeld 2009 m. w. Nachw. sowie Steinmann 2024). Neben dem sozialen Zusammenhalt und der Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung, die mit dem Aufsuchen der muslimischen Gemeinde in der Moschee verbunden sein können, können Moscheen jedoch gleichzeitig auch ein Ort der Radikalisierung und der Entstehung sowie Verbreitung islamismusaffiner Einstellungen sein (Jikeli 2019, S. 70; vgl. dazu auch Fischer & Wetzels, 2023, 2024a). Ob dies geschieht, dürfte in starkem Maße von der Zusammensetzung der dortigen Gemeinde und den hier auftretenden Predigern abhängen und sich zwischen verschiedenen Gemeinden unterscheiden (vgl. Jikeli 2019; siehe dazu auch Wetzels & Brettfeld, 2023).

Diese Überlegungen zur möglichen Relevanz religiöser Aspekte werden durch die Ergebnisse deskriptiver Analysen der vorliegenden Daten gestützt. So ist eine positive Korrelation der anomischen Verunsicherung mit den Angaben der befragten Muslim*innen zur Wichtigkeit der Religion für ihren Alltag festzustellen ($r = .14$, $p < .01$), was bedeutet, dass eine hohe Verunsicherung mit einer verstärkten Hinwendung zur Religion einhergeht. Angesichts der sehr weiten Verbreitung anomischer Verunsicherung ist diese signifikante Korrelation, obwohl sie gering ist, durchaus bemerkenswert.

Gleichzeitig hat sich der Anteil der muslimischen Befragten, die angeben, ihre Religion sei ihnen „sehr wichtig“ in den letzten Jahren stark erhöht (von 35 % im Jahr 2021 auf 50.2 % im Jahr 2024). Dies geht einher mit einer Zunahme des Besuchs einer Moschee: So stieg der Anteil derer, die häufiger als einmal in der Woche eine Moschee aufsuchen von 6.0 % im Jahr 2021 auf 11.3 % im Jahr 2023 und reduzierte sich in 2024 nur leicht auf 8.8 %. Damit korrespondierend finden sich im Verlauf der Jahre von 2021 bis 2024 ganz deutliche Anstiege der Raten muslimischer Befragter mit fundamentalen religiösen Haltungen in allen Altersgruppen. Diese Rate ist bei den 18-29-jährigen im Jahr 2024 mit 39.6 % deutlich höher als 2021 mit 33.5 % und zudem im Altersvergleich zusammen mit der Rate der 30 - 39-jährigen (39.9 %) am höchsten ausgeprägt (vgl. Wetzels, 2024).

Auf Basis dieser theoretischen Erwägungen und deskriptiven Befunde wurde in Modell 3 die Wichtigkeit der Religion und die Häufigkeit des Moscheebesuchs in die logistische Regression einbezogen. Es zeigt sich, dass eine sehr hohe persönliche Relevanz der Religion für den eigenen Alltag mit einer starken Erhöhung der Prävalenzrate islamismusaffiner Einstellungen einhergeht (OR = 4.46, $p < .001$). Dies entspricht einer durchschnittlichen Steigerung um 25.8 Prozentpunkte (average marginal effect).

Auch die Häufigkeit des Moscheebesuchs entfaltet starke Effekte auf das Ausmaß islamismusaffiner Einstellungen: Im Vergleich zur Referenzgruppe derer, die eine Moschee gar nicht aufsucht, ist die Wahrscheinlichkeit der Ausbildung islamismusaffiner Einstellungen bei denen, die eine Moschee maximal einmal wöchentlich aufsuchen, bereits um 14.6 Prozentpunkte (average marginal effect) höher (OR = 2.26; $p < .001$). Bei Befragten, die besonders häufig – mehr als einmal wöchentlich – die Moschee aufsuchen ist die Rate islamismusaffiner Einstellungen um 48.5 Prozentpunkte (average marginal effect) höher und das relative Risiko etwa um den Faktor 12 erhöht (OR = 12.24; $p < .001$).

Die Einbeziehung dieser beiden religionsbezogenen Prädiktoren führt dazu, dass signifikante Unterschiede der Prävalenzraten zwischen den Erhebungsjahren nicht mehr nachweisbar sind. Mit anderen Worten: Die Zunahme islamismusaffiner Einstellungen im betrachteten Zeitraum von 2021 bis 2024 lässt sich durch eine gewachsene anomische Verunsicherung sowie Anstiege der Bedeutung der Religion und der Häufigkeit des Moscheebesuchs – beides Größen, die sich ebenfalls erhöht haben – vollständig aufklären.

Zusammenfassung und erste Schlussfolgerungen

Auf Basis der mittlerweile seit 2021 im Rahmen von MOTRA viermal in gleichartiger Weise durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragung „Menschen in Deutschland“ (MiD), an der in diesen vier Jahren insgesamt 17 891 erwachsene Menschen aus der in Deutschland gemeldeten Wohnbevölkerung im Alter 18 Jahre teilgenommen haben, konnten Erkenntnisse zu Verbreitung und Entwicklung extremismusaffiner politischer Einstellungen und diesbezüglicher Hintergründe gewonnen werden, die für die Präventionspraxis wichtige Hinweise mit Blick auf Einflussfaktoren sowie Merkmale der Zielgruppen enthalten.

Im Hinblick auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in welche das für die Präventionspraxis relevante Radikalisierungsgeschehen eingebettet ist, zeigt sich, dass die Wahrnehmung einer anhaltenden wirtschaftlichen Krise, die Konfrontation mit Migration und dem wachsenden Zuzug von Flüchtlingen sowie Kriege und eine vor diesem Hintergrund mögliche Beteiligung Deutschlands an militärischen Konflikten im Jahr 2024 bei knapp der Hälfte der Bevölkerung mit starken Besorgnissen verbunden waren. Seit 2021 sind mit Blick auf Krieg und Migration dabei Verdopplungen der Raten der Menschen mit stark ausgeprägten diesbezüglichen Sorgen zu erkennen. Starke Sorgen wegen Wirtschaftskrise, Inflation und möglicher zunehmender Armut sind im gesamten Zeitraum hoch.

Zwischen 2021 und 2024 nahm zusätzlich der Anteil der Befragten, die staatlichen Institutionen vertrauen, erheblich ab, von 66 % auf 46 %. Parallel dazu stieg die Rate derjenigen, die wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungsträgern sowohl die Fähigkeit als auch das Interesse absprechen, die aktuellen Krisen zu bewältigen von 57 % auf 73 %.

Diese Entwicklung ergibt für das Jahr 2024 eine brisante Kombination eines sehr hohen Niveaus an Besorgnissen mit einem Tiefststand des Vertrauens in staatliche Institutionen. Dies ist aktuell zudem gepaart mit einem deutlichen Anstieg der Verbreitung der Überzeugung, dass den wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungsträgern die Fähigkeit und Bereitschaft zur Bewältigung gesellschaftlicher Krisen und Herausforderungen fehlt, die 2024 ebenfalls ihren Höchststand hat. Im Gefolge dessen kam es zu einem starken Anstieg anomischer Verunsicherungen weiter Teile der

Bevölkerung. Eine solche stark ausgeprägte Verunsicherung findet sich 2024 bei mehr als der Hälfte der Befragten (55 %), ein Wert, der 16 Prozentpunkte höher ist als noch im Jahr 2021.

Trotz dieser Entwicklungen wurden auch 2024 von einer Mehrheit der Bevölkerung zentrale Grundprinzipien einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie weiterhin positiv bewertet. Allerdings findet sich eine wachsende substanzielle Minderheit, die sich von der Demokratie ab- und eher autoritären politischen Konzeptionen zuwendet. Dies bezieht sich in erster Linie auf konstitutionelle Prinzipien, nicht hingegen auf grundlegende Freiheits- und Gleichheitsrechte, die von nur etwa 2 % abgelehnt werden. Grundlegende Regeln der konstitutionellen Verfasstheit unseres Staates wie Gewaltenteilung, Parlamentarismus und regelmäßige Wahlen wurden 2024 demgegenüber von etwa 13 % der Bürger abgelehnt. Insgesamt findet sich insoweit für die letzten vier Jahre phänomenübergreifend eine Zunahme der Demokratiedistanz (von 14 % auf etwa 16 %), die vor allem bei jüngeren Erwachsenen zu lokalisieren ist. Weiter konnte über multivariate Analysen gezeigt werden, dass die zunehmende Demokratiedistanz sich nach Kontrolle soziodemografischer Faktoren vollständig auf die klar erkennbar angestiegene anomische Verunsicherung der Bevölkerung zurückführen lässt.

In phänomenspezifischer Hinsicht wurden ferner rechtsextreme politische Haltungen in den Blick genommen. Manifest rechtsextreme Einstellungen fanden sich im Vergleich zur Demokratiedistanz deutlich seltener. Seit 2020 (4.2 %) sind hier aber kontinuierliche Zunahmen zu erkennen; 2024 wird mit 5.8 % in dieser Hinsicht das bisherige Maximum erreicht. Besonders auffällig ist auch hier, dass Anstiege nicht bei älteren Menschen, sondern vor allem bei jüngeren Jahrgängen zu verzeichnen sind.

Wesentlich für die Prävention ist aber auch die Entwicklung der latenten Akzeptanz rechtsextremen Gedankenguts, die gleichfalls zugenommen hat und einen wesentlich höheren Verbreitungsgrad aufweist. Eine Entwicklung der Verbreitung solcher Haltungen von 21.8 % im Jahr 2021 auf 26.6 % im Jahr 2024 verweist auf ein erhebliches und im Zeitverlauf gestiegenes Radikalisierungspotential. Auch hier sind die entscheidenden Entwicklungen bei jüngeren Erwachsenen zu beobachten.

Fasst man manifeste und latente rechtsextreme Einstellungen zusammen, dann umfasste diese Risikogruppe 26.7 % der erwachsenen Bevölkerung im Jahr 2021. Sie stieg bis zum Jahr 2024 auf 32.5 %. Multivariate Analysen kommen auch hier zu dem Befund, dass diese Entwicklungen sich vollständig über die stark gewachsene anomische Verunsicherung in dieser Zeit aufklären lässt.

Mit Blick auf die muslimische Wohnbevölkerung erlaubte das spezielle Stichprobendesign über gezielte Oversamplings auch die Entwicklung islamismusaffiner Einstellungen genauer zu betrachten. Zentrales Ergebnis ist hier, dass die Prävalenzrate eindeutig ausgeprägter, manifest islamismusaffiner Haltungen in jüngster Zeit gesunken ist und zwar im Jahr 2024 auf 10.9 % im Vergleich zu 2023 mit 15.1 %. Die Rate des Jahres 2024 liegt aber immer noch über dem Ausgangswert des Jahres 2021 von 9.3 %.

Auch im Bereich des Islamismus findet sich ein relativ großes Potential an Personen, die entsprechende Ideologien nicht eindeutig ablehnen, sondern islamistischem Gedankengut offen gegenüber stehen. Deren Anteil hat sich in den vergangenen vier Jahren substanziell erhöht, von 20.0 % im Jahr 2021 auf 27.1 % im Jahr 2024. Fasst man manifest islamismusaffin Eingestellte und solche, die islamistischem Gedankengut offen gegenüberstehen zusammen, dann hat sich deren Rate von 29.3 % im Jahr 2021 auf 32.5 % im Jahr 2024 erhöht. Eine altersgruppenspezifische Betrachtung kommt weiter zu dem Ergebnis, dass die Anstiege besonders deutlich in der jüngsten Altersgruppe der Erwachsenen unter 40 Jahren ausgeprägt sind. Hier ist insgesamt die Verbreitung islamismusaffinen Gedankengutes im Jahr 2024 mit einer Prävalenzrate von 45 % am häufigsten anzutreffen.

Multivariate Analysen zeigen weiter, dass die anomische Verunsicherung im Falle der islamismusaffinen Einstellungen die beobachtbaren Zunahmen der letzten Jahre nur zum Teil zu erklären vermag. Einen ganz erheblichen Erklärungsbeitrag liefern zusätzlich religionsbezogene Faktoren wie die Bedeutung, die die Befragten ihrer Religion beimessen sowie die Häufigkeit des Moscheebesuchs, die ebenfalls starke Effekte aufweisen.

Im Ergebnis zeigen die Befunde, dass Moscheen Orte sind, die von Personen mit islamismusaffinen Einstellungen vermehrt aufgesucht werden. Insoweit sind Moscheen sowohl Einrichtungen, von denen ein erheblicher

Einfluss auf die politisch-religiösen Einstellungen (einschließlich einer Radikalisierung) der in Deutschland lebenden Muslime ausgehen kann, als auch Orte, an denen sich die Zielgruppen für Radikalisierungsprävention gehäuft aufhalten. Von daher sollten Moscheegemeinden auch Adressaten einer selektiven, Risikogruppen aufsuchenden Präventionsarbeit sein. Diesbezüglich unterstreichen diese Befunde nochmals, dass es zunehmend wichtig ist, Moscheegemeinden als Kooperationspartner für die Prävention von islamistischer Radikalisierung zu gewinnen.

Zentral ist weiter der Befund, dass in allen untersuchten Feldern politischer Radikalisierung vor allem bei den jüngeren Jahrgängen Zuspitzungen zu beobachten sind, die in engem Zusammenhang mit Vertrauensverlusten und Verunsicherungen angesichts gesellschaftlicher Veränderungen und Krisen sowie in diesem Kontext subjektiv entstehender Bedrohungswahrnehmungen und Besorgnissen stehen, die es gezielt aufzugreifen gilt. In der Forschung erscheint es angesichts dieser Ergebnisse für die Zukunft wichtig, verstärkt entwicklungsbezogene Analysen in Bezug auf die Individual-ebene auf den Weg zu bringen und im Rahmen von Paneldesigns individuelle Verläufe in Bezug auf radikalierungsrelevante Einstellungen und die dafür maßgeblichen Einflüsse genauer zu betrachten (vgl. dazu auch Beelmann 2022). Im Rahmen der Fortsetzung der Forschung von MOTRA beabsichtigen wir insoweit, auch in diesem Sinne unsererseits künftig neue Beiträge zu leisten, die an die hier vorgelegten Befunde anschließen und die Forschungsperspektive erweitern.

Literatur

- Agnew, R. (2006). *Pressured into crime: an overview of general strain theory*. Oxford University Press.
- Agnew, R. (2017). General strain theory and terrorism. In G. LaFree & J. D. Freilich (Hrsg.), *The Handbook of the Criminology of Terrorism*, (S. 121-132). Wiley.
- Beelmann, A. (2022): Radikalisierung als abweichende Sozialentwicklung. Bedingungen und Präventionsmöglichkeiten. In Beelmann, A./Michelsen, D. (Hg.), *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration: Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen*. Springer, S. 153-178.
- Brettfeld, K. (2009). *Schuf Gott am 8. Tag Gewalt? Religion, Religiosität und deviante Einstellungen und Verhaltensmuster Jugendlicher*. Wissenschaftsverlag Berlin.
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021a). Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld, In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, I. Kusche & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020*, (S. 100-129). MOTRA.
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2021b). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments. *MOTRA-Forschungsbericht No. 1*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.): *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*, (S. 29-99). Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. FES.
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung – Methodenbericht. *MOTRA-Forschungsbericht No. 2*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10259>
- Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2024a). Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland: Befunde repräsentativer Befragungen zu Trends seit 2021 und den Einflüssen von Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit und Religiosität. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGp)*. <https://doi.org/10.1007/s41682-024-00167-6>
- Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2024b). Die Verbreitung antisemitischer Ressentiments unter Jugendlichen und Heranwachsenden in Deutschland: Zusammenhänge mit Migration und Religion. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 107(4), 307-332.
- Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2023). Antisemitismus in Deutschland: Notwendige Differenzierungen in der Migrationsgesellschaft. *Rechtspsychologie*, 9(3), 346-381.
- Fischer, J. M. K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA-Forschungsbericht No. 6*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>
- Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Farren, D. (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Rechtspsychologie*, 8(2), 173-195. <https://doi.org/10.5771/2365-1083-2022-2-173>

- Steinmann, J.-P. (2024). *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 107(3), 199–219.
- Jikeli, G. (2019). Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa. In O. Glöckner und G. Jikeli (Hrsg.), *Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland Heute*, (S. 49–72).
- Wetzels, P. (2024, 10. Dezember 2024). *Importierter Antisemitismus? Zur Bedeutung von Migrationshintergrund und Religionszugehörigkeit*. [Konferenzbeitrag]. Fachtagung "Antisemitismus in der postmigrantischen Gesellschaft" des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa, DeZIM-Institut) in Kooperation mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA, TU Berlin), Humboldt-Universität Berlin. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.16508>
- Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2023). Politisch-islamistische Einstellungen bei in Deutschland lebenden Muslimen: Zur ambivalenten Rolle der Religion. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter & D. Rieger (Hrsg.). *MOTRA Monitor 2022*, (S. 366–396). MOTRA.
- Wetzels, P., Fischer, J.M.K., Farren, D., Brettfeld, K. & Endtricht, R. (2023). Menschen in Deutschland 2023. Dritte Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA Forschungsbericht No. 12*. Universität Hamburg. <http://doi.org/10.25592/uhhfdm.13846>
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2022a). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland 2021“. In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 72–103). MOTRA.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J. M. K. (2022b). Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021. *MOTRA-Forschungsbericht No. 4*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>

